

Medienbericht zur Petition «Weniger Heime, mehr altersgerechte Wohnungen»

Geschätzte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Der Gemeinderat Gais hat die Petition «Weniger Heime, mehr altersgerechte Wohnungen» sorgfältig geprüft. Er dankt den Petitionärinnen und Petitionären ausdrücklich für ihr Engagement und für die sachliche Auseinandersetzung mit einem Thema, welches viele Menschen in unserer Gemeinde bewegt.

Die Altersversorgung betrifft uns alle - heute, morgen oder in Zukunft. Entsprechend wichtig ist es dem Gemeinderat, diese Diskussion offen, respektvoll und mit Blick auf langfristig tragfähige Lösungen zu führen.

Deshalb ist es unsere Verantwortung, Entscheide nicht nur aus einer wünschbaren Perspektive, sondern auch unter Berücksichtigung von rechtlichen, finanziellen und versorgungspolitischen Rahmenbedingungen zu treffen.

Die Petition bringt wertvolle Anliegen ein und macht deutlich, dass sich viele Menschen eine stärkere Gewichtung altersgerechter Wohnformen wünschen. Altersgerechte Wohnungen sind für den Gemeinderat ein wichtiger Bestandteil einer zeitgemässen Altersvorsorgung. Gleichzeitig zeigt die Erfahrung, dass sie eine professionelle stationäre Pflege für hochbetagte und pflegebedürftige Menschen nicht ersetzen können. Ziel muss deshalb ein ausgewogenes Gesamtsystem sein, das verschiedene Bedürfnisse berücksichtigt.

Die Petition fordert unter anderem einen sofortigen Marschhalt laufender Prozesse, eine grundlegende strategische Neuausrichtung der Strategie und den Verzicht auf Kooperationen mit externen Partnern. Nach sorgfältiger Prüfung ist der Gemeinderat zum Schluss gekommen, dass diese Forderungen in dieser Form aktuell nicht umgesetzt werden können.

Ein wesentlicher Aspekt ist die **finanzielle Ausgangslage**. Die Gemeinde trägt im Bereich der Alters- und Pflegeversorgung **bereits heute ein strukturelles Defizit von rund 500'000 Franken pro Jahr, das aus allgemeinen Steuermitteln finanziert wird**. Vor diesem Hintergrund ist der Gemeinderat verpflichtet, sehr sorgfältig zu prüfen, welche zusätzlichen Schritte finanziell verantwortbar sind und welche Risiken vermieden werden müssen.

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die Petition wichtige Fragen aufwirft. Gleichzeitig bleibt aus Sicht des Gemeinderates offen, wie das bestehende Defizit stabilisiert oder reduziert werden könnte. Zusätzliche Evaluationen, neue Trägerschaftsmodelle oder ein Marschhalt laufender Verfahren würden voraussichtlich zu Mehrkosten und zeitlichen Verzögerungen führen, ohne dass eine gesicherte Verbesserung der Versorgung oder der finanziellen Situation absehbar wäre.

Mit der Möglichkeit über die selbstverständlich das Volk im Juni 2026 befinden kann, einer Auslagerung des Baus und Betriebes kann die Gemeinde eine Aufsichtsfunktion wahrnehmen, aber das Risiko wird auf private (externe) Institutionen übertragen. Denn zusätzliche Evaluationen, neue Trägerschaftsmodelle, neue Angebotsformen und ein Marschhalt laufender Verfahren würden absehbar zu weiteren Kosten und Verzögerungen führen.



Der Gemeinderat ist zudem überzeugt, dass altersgerechte Wohnungen zwar ein wichtiger Bestandteil der Altersversorgung sind, stationäre Pflegeangebote aber nicht ersetzen können. Gerade für hochbetagte und pflegebedürftige Menschen bleibt eine professionelle stationäre Betreuung unverzichtbar. **Es geht daher nicht um «Heime oder Wohnungen», sondern um ein ausgewogenes Gesamtsystem.**

Im Zusammenhang mit möglichen Kooperationen mit externen Partnern ist dem Gemeinderat eine Klarstellung wichtig: Erste Gespräche mit potenziellen Partnern haben bereits stattgefunden, um Grundlagen zu schaffen und an einer öffentlichen Veranstaltung fundierte und konkrete Informationen präsentieren zu können. Diese Abklärungen dienen dazu, der Bevölkerung nicht nur theoretische Annahmen, sondern reale Optionen mit ihren Vor- und Nachteilen aufzuzeigen. Auf Wunsch der Gesprächspartner wurden die bisherigen Abklärungen vertraulich geführt, weshalb zum laufenden Prozess noch keine weiteren Details kommuniziert werden konnten.

Was den Einbezug der Bevölkerung betrifft, ist dem Gemeinderat ein offener Dialog ein zentrales Anliegen. Die Bevölkerung soll weiterhin informiert und ernst genommen werden. Wesentliche Entscheide unterliegen auch künftig der politischen Kontrolle und – wo vorgesehen – der Zustimmung der Stimmberechtigten.

Der Gemeinderat versteht Mitwirkung nicht als formellen Akt, sondern als wichtigen Bestandteil einer tragfähigen Entscheidungsfindung.

Der Gemeinderat lehnt die Petition somit nicht ab, weil er die darin geäusserten Anliegen nicht teilt oder ernst nimmt, sondern weil die vorgeschlagenen Lösungen aus heutiger Sicht finanziell nicht ausreichend abgesichert, strukturell mit Risiken verbunden und zeitlich schwer verantwortbar sind.

Der Gemeinderat ist weiterhin bereit, die Altersversorgung in Gais schrittweise weiterzuentwickeln, dies verantwortungsvoll, transparent und im Dialog mit der Bevölkerung im Rahmen dessen, was unsere Gemeinde langfristig tragen kann.

Informationsabend

An diesem Abend vom **Mittwoch, 4. März 2026, abends**, informieren Gemeinderat, die Kommission fürs Alter und die Ressortverantwortlichen sowie die möglichen Investoren und Betreiber die Bevölkerung ausführlich und fundiert über den aktuellen Stand der Abklärungen und das weitere geplante Vorgehen.

Der Gemeinderat möchte die Bevölkerung eingehend und transparent über das wichtige und zukunftsweisende Projekt informieren. Ziel ist es, die Überlegungen und Ziele des Gemeinderates zur künftigen Altersvorsorge in Gais verständlich darzulegen und den erforderlichen Raum für Fragen zu bieten.